



Nr. 1 / 12. Januar 2021

Sichere Häfen des Landes wollen Geflüchtete aus dem bosnischen Lager Lipa aufnehmen

Mehrere schleswig-holsteinische Städte und Gemeinden stehen zur Unterbringung von Geflüchteten aus extremer Notlage bereit. Der Zuwanderungsbeauftragte begrüßt die kommunale Aufnahmebereitschaft.

Angesichts der desaströsen Situation von Geflüchteten aus dem geräumten Aufnahmelager Lipa in der Nähe der bosnischen Stadt Bihać hoffen der Beauftragte des Landes Schleswig-Holstein für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen und Vertreter*innen mehrerer Sicherer Häfen, dass die zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein schnell und umfangreich für die notleidenden Menschen genutzt werden.

Städte und Gemeinden des Landes erklären ihre Bereitschaft, Geflüchtete aus dem Lager aufzunehmen, das Ende Dezember von der IOM geräumt und daraufhin von obdachlos gewordenen Bewohner*innen zum Teil in Brand gesetzt wurde. Die Sicherer Häfen Flensburg, Geesthacht, Husum, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Stadt Plön, Schleswig und Sylt betonen ihren Willen zur Aufnahme geflüchteter Menschen aus Krisensituationen unterschiedlicher Art: „Als Sicherer Hafen und Mitglied des Bündnisses Städte Sicherer Häfen haben wir uns der Aufnahme von Menschen in extremen Notlagen verpflichtet. Eine Krise in Bosnien behandeln wir in dieser Hinsicht genauso wie eine Krise im Mittelmeer. Ich sehe keinen Anlass zu unterscheiden“, sagt Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange. Trotz europäischen Hilfsgeldern harren Frauen, Männer und Kinder aus dem geschlossenen Lager unter inakzeptablen Bedingungen, zum Teil im Freien, aus. „In einer solchen Ausnahmesituation sollte Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, unkompliziert zu helfen“, so der Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau.

Der Zuwanderungsbeauftragte des Landes, Stefan Schmidt, begrüßt die Bereitschaft der schleswig-holsteinischen Städte und Gemeinden, die sich per Ratsbeschluss zu sicheren Häfen erklärt haben, Notleidende aus dem Camp Lipa aufzunehmen. „Vor einigen Wochen war es richtig, dass das Land in der Notlage nach dem Brand in Moria den Wunsch der Kommunen geteilt hat, Menschen nach Schleswig-Holstein zu holen. Ich hoffe, dass entsprechende Anstrengungen

gegenüber dem Bundesinnenministerium in der aktuellen Krisensituation erfolgreich sein werden“, sagt Schmidt.